

Landesvorsitzende Lilli Lenz

Neujahrsgruß 2021

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

nach einem schwierigen Jahr ist die Sehnsucht nach besseren Zeiten wohl so groß wie selten zuvor. Wir befinden uns in einer Phase großer gesellschaftlicher Veränderungen. Einen Weg zurück in eine bisherige Normalität wird es kaum mehr geben können.

Weihnachten 2020 feierten wir im kleinen Familienkreis. Silvester ohne Party und nun steht uns noch eine „stille Fastnacht“ bevor.

Das Jahr 2021 wird uns aber viele Gelegenheiten bieten, Visionen zu konkretisieren und die Grundsteine für einen Neuanfang zu legen. Die Frage ist nur: ab wann?

Wir im öffentlichen Dienst waren und sind auch in dieser Krise nicht nur systemrelevant, sondern auch unverzichtbar. Bei uns gab es – zum Glück – so gut wie keine Kurzarbeit. Warum? Weil wir in den meisten Bereichen noch mehr zu tun hatten als in normalen Zeiten. Zu nennen sind hier als besonders markante Beispiele nicht nur die Gesundheitsämter, die Polizei, der kommunale Vollzugsdienst und die Lehrer. Einen Lockdown hat es für die Arbeit im öffentlichen Dienst nicht gegeben. Ganz im Gegenteil: Sie geht vermehrt weiter, nur eben hinter verschlossenen Türen und mit vorheriger Terminvergabe bei dringenden Anliegen der Bürger. Aufgabenumfang und Ver-

antwortung haben deutlich zugenommen.

Die Erzieher sind in den Kitas für die Kinder da, ohne nennenswerte Schutzausrüstung. Ebenso die Lehrer, für die der Dienstherr anfangs keine Masken bereitstellen konnte.

Auch das Verbrechen schläft nicht, wenngleich es weniger Wohnungseinbrüche gab. Dafür gab es mehr Einsätze auf öffentlichen Plätzen. Die Justizvollzugsanstalten samt der Gerichte mussten ihre Arbeit weiter voll erfüllen. Ein „Tag der offenen Tür“ in der JVA oder auch Kurzarbeit bei den Gerichten ist im Lockdown undenkbar.

Eine Fülle von zusätzlichen Arbeiten gab es im vergangenen Jahr für die Finanzämter genauso wie für die Kommunen und viele andere Bereiche des öffentlichen Dienstes.

Neue Corona-Stabsstellen mit Corona-Teststationen und aktuell nun auch Corona-Impfzentren wurden fast über Nacht neu erschaffen und durchorganisiert. Unterstützt von Katastrophenschutz und Bundeswehr ging es quer durch die gesamte Familie des öffentlichen Dienstes. Jeder wurde an seinem Platz und weit über seinen eigenen persönlichen Einsatzbereich hinaus gefordert, um das öffentliche Leben am Laufen zu halten.

Alle medizinischen und pflegenden Bereiche arbeiten über ihre Belastungsgrenze. Und dabei ist trotz des Herunterfahrens der Wirtschaft und des aktuellen Starts der Massenerimpfung das Ende der Pandemie bei Weitem noch nicht erreicht.

Der öffentliche Dienst hat in der Krise bewiesen, dass er leistungsbereit, flexibel und vielfältig einsetzbar ist. Durch unsere breite Ausbildung und unser Engagement waren und sind wir in Gegenwart und Zukunft in der Lage, in der fortwährenden Krise verlässlicher Partner unserer Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Wir sind immer da. Auf uns ist auch in der Krise Verlass. Wir sind systemrelevant und unverzichtbar!

Und das natürlich unabhängig von politischen Wahlen, die besonders in diesem Kalenderjahr in unserem Bundesland im Frühjahr 2021 und im Bund im Herbst 2021 stattfinden werden. Auch diese Wahlen wollen ordnungsgemäß organisiert und durchgeführt werden. Unser Zusammenleben basiert auf einer wehrhaften Demokratie. Diese gilt es zu schützen und zu verteidigen. Auch hier sind wir als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dabei. Dienstlich genauso wie im privaten ehrenamtlichen Engagement.

Auch in unserem direkten dienstlichen Umfeld sind wir



> Lilli Lenz

gefordert, uns für unsere eigenen Interessen einzusetzen. Wo könnte das besser sein als beim Engagement im Personalrat oder Hauptpersonalrat unserer eigenen Dienststellen? Ganz ausdrücklich bitte ich Sie, sich aktiv einzubringen. Wer, wenn nicht wir selbst, sollte das für uns tun?

Ein Engagement in den Personalräten und natürlich auch in unserer starken dbb Familie mit ihren zahlreichen Fachgewerkschaften ist bitter notwendig, um unsere Arbeitsbedingungen fortwährend weiterzuentwickeln.

In der Pandemie lässt sich zum Beispiel erkennen, welchen großen Nachholbedarf der öffentliche Dienst bei der Digitalisierung hat. Chancen sinnvoll nutzen unter Berücksichtigung der Risiken, das muss das Gebot der Stunde sein. Damit das serviceorientiert und verträglich gelingt, sowohl zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger als auch des anwendenden Personals, muss Digitalisierung zielgerichtet und gut gemacht sein. Sie muss mit ausreichenden Sach- und Finanzierungsmitteln ausgestattet sowie vom Nutzer anerkannt sein. Erfolgreiche Digitalisierung >

ist eine Frage des Miteinanders – wir sind dialogbereit und setzen uns dafür ein.

Seien Sie vor Ort dabei und übernehmen Sie Verantwortung. Engagieren Sie sich im Personalrat und vor allem: Gehen Sie zur Wahl und unterstützen Sie unsere dbb Kandidatinnen und Kandidaten. Denn von März bis Mai 2021 laufen wieder unsere turnusmäßig alle vier Jahre stattfindenden Personalratswahlen.

Was für die Bürger des Landes gilt, sollte auch für uns als Mitarbeiter gelten.

Nur eine starke Gemeinschaft kann die Interessen mit großer Durchsetzungskraft umsetzen.

Das haben wir als dbb im Jahr 2020 bei den schwierigen Tarifverhandlungen des Bundes und der Kommunen bewiesen. Genauso sind wir in diesem Jahr 2021 wieder gefordert bei den Tarifverhandlungen der Länder. Danach gilt es, das noch auszuhandelnde Tarifiergebnis der Länder auch wieder auf die Beamten des Landes Rheinland-Pfalz angemessen zu übertragen. Oder glaubt ernsthaft irgendjemand, dass diese Tarifiergeb-

nisse automatisch übertragen werden?

Auch unser großer gewerkschaftlicher dbb Erfolg im abgelaufenen Jahr mit einer Besoldungserhöhung von zwei Prozent im Juli 2020 zusätzlich zu der Besoldungserhöhung um 3,2 Prozent ab dem 1. Januar 2020 war und ist ein lange erstrittener Ausgleich für einen erheblichen Besoldungsrückstand. Wer wenn nicht wir sollte das für uns erstreiten?

Vielen Dank für Ihr Engagement. Als Mitglied, als Mandatsträger und auch als politisch Verantwortlicher.

Bleiben wir auch im neuen Jahr 2021 eine verantwortungsbewusste und starke Gemeinschaft im dbb rheinland-pfalz.

Und hoffen wir wieder auf viele persönliche Begegnungen, die uns nun schon so lange nicht möglich sind.

Mit herzlichen Grüßen für ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr

Ihre



Private Krankenversicherungen

dbb im Gespräch mit PKV Bundesverband

Videoschalte zwischen Verbandsdirektor Dr. Florian Reuther und dbb Landeschefin Lilli Lenz

Zu einem detaillierten Austausch zwischen dem dbb rheinland-pfalz und dem PKV Bundesverband kam es Ende November via Videokonferenz zu den Themen Beitragsanpassungen der privaten Krankenversicherungsunternehmen, PKV (Sonder-)Öffnungsaktion seit 1. Oktober 2020 (bis 31. März 2021), Rechtsentwicklung um die pauschale Beihilfe („Hamburger Modell“) und Ausblick auf die Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz.

Verbandsdirektor Dr. Florian Reuther referierte zunächst über die zwei hauptsächlichen Treiber der als notwendig bezeichneten Beitragsanpassungen. Erstens führe die Leistungsentwicklung im Medizinbereich mit erhöhten Kosten zwingend zu einer Beitragsanpassung. Zweitens bedinge die gegenwärtige Nied-

riginsphase am Kapitalmarkt dringende Absicherungen der Rücklagenbildungen der Versicherer für Krankheitskosten der Versicherten im Alter, da diese verzinst seien und sich nicht so entwickeln könnten, wie es erforderlich ist. Daher müsse man auf eine 1:1-Beteiligung der Versicherten zurückgreifen, wobei man gesetzlich an Schwellenwerte und Fristen gebunden sei, bevor man solche Anpassungen vornehmen dürfe. Damit sei man zum „Ansameln“ von Anpassungsschritten gezwungen, bevor man sie umsetzen dürfe. Letztlich verlaufe die PKV-Beitragsentwicklung aber nachweislich analog zur Beitragsanpassung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mit der derzeitigen (Sonder-) Öffnungsaktion der privaten Krankenversicherungen – ver-

gleiche „durchblick“ 10/2020, S. 7 – könne man auch Wechsel-Verpassern und chronisch Vorerkrankten selbst in schwierigsten Fällen in der privaten Versicherung einen sicheren Platz anbieten. Insbesondere die ein bis zwei Prozent freiwillig gesetzlich krankenversicherten Beamten wolle man gewinnen. Die PKV-Unternehmen könnten jedem Beamten ein gutes Angebot machen, seit 2019 auch den Widerrufsbeamten und ihren Angehörigen und jetzt auch den restlichen Betroffenen, die bislang durch das Raster fielen.

Dem „Hamburger Modell“ pauschaler Beihilfe erteilten die Gesprächspartner einhellig eine Absage: Das Modell sei zu teuer für den Fiskus und rechne sich auch nicht für Nutzer. Bestandsbeamte seien vor diesem Hintergrund nicht in ein solches System überführbar. Die Einsortierung hinzukommender Beamter dauere sehr lange und sei mithin nicht praktikabel.

Erörtert wurden aktuelle Umfragen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Verbandsdirektor Dr. Florian Reuther unterstrich im Rahmen des Austauschs noch, wie groß der finanzielle Beitrag der



> Dr. Florian Reuther

privaten Krankenversicherungen zur Sicherung des Gesundheitssystems sei, gerade in Corona-Zeiten. Gemäß des PKV-Anteils am Aufwandaufkommen übernehmen die privaten Versicherungsunternehmen zehn Prozent der Gesamtkosten in der Pflege und der Impfkosten. Beim Leistungersatz rechne man mit einem PKV-Mehraufwand in Höhe von einer Milliarde Euro beziehungsweise 1,5 Milliarden Euro inklusive Beihilfe für die PKV. Außerdem erbringe die PKV mit der Übernahme der Hygienepauschale in Höhe von 600 Millionen Euro eine beträchtliche Sonderleistung zugunsten ihrer Versicherten. Auch die Förderung der medizinischen Versorgung in der Fläche sei für den Verband besonders wichtig. ■

dbb Jahrestagung 2021

„Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken!“

Am 11. Januar 2021 fand die Jahrestagung des dbb statt – digital per Livestream und Event-Homepage im Internet.

Unter dbb-jahrestagung.de kann man Grußworte und Hintergrundmaterialien anschauen. Berichte über die einzelnen Programmteile finden sich im dbb magazin und auf der dbb Homepage unter www.dbb.de.